



## Das Regierungsprogramm Poincarés.

### Erklärungen Poincarés.

\* Paris, 14. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Da Lloyd George den Wunsch geäußert hatte, mit dem in Aussicht genommenen neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré eine Besprechung zu haben, teilte dieser gestern Abend dem englischen Botschafter Lord Hardinge mit, daß er auf dem Quai d'Orsay nach nicht in sein Amt eingeführt sei, weshalb er sich auf die englische Botschaft begeben werde, um mit Lloyd George zusammenzutreffen.

Die Besprechungen mit Lloyd George dürften einer eigenen Erklärung Poincarés zufolge, die er gestern den bei ihm erschienenen Parlamentariern abgab, sehr lange dauern, weshalb er kaum in der Lage sein wird, noch heute sein Kabinett fertigzustellen. Doch glaubt man, daß dies bis morgen mittag der Fall sein werde. In seiner Erklärung, die Poincaré den Abgeordneten und Senatoren abgab, heißt es: Ich habe nicht die Absicht, ein politisches Ministerium zu bilden. Allen Mitgliedern des Parlaments, die mich sahen, erklärte ich, daß die Personfrage keine Rolle spielen dürfe. Niemand verheißt sich die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage. Die Stunden, die wir durchleben, sind ebenso erst wie 1914, die Einigkeit ist notwendiger als jemals. Vor allem muß eine Abkehr von den Parteien erfolgen und der Friede ist für das vollendete Werk zwischen den Parteien notwendig. Er muß zum Vorteil Frankreichs erfolgen und nicht gegen die eine oder die andere Partei. Auf Einwendungen der Abgeordneten gegen ein Eintreten der Radikalsocialisten der Kammer oder der demokratischen Linken des Senats erklärte Poincaré: Wie ich eben sagte, erklärte ich diesen den Mitgliedern der Entente republicaine, wie den Radikalsocialisten, ich sei niemandem gegenüber eine Verpflichtung eingegangen, doch erinnere ich mich daran, daß es der Zufall wollte, daß in allen Regierungen, die während meiner siebenjährigen Präsidentschaft gebildet wurden, auch Radikalsocialisten vertreten waren. (In diesen Worten gibt sich der Wunsch Poincarés kund, auch die Radikalsocialisten in seiner Kammer vertreten zu sehen. Der Wunsch wird ihm erfüllt werden, die Abgeordneten widersetzten gestern nachmittag den vormittags gefassten Beschlüssen, nicht in das Kabinett Poincaré einzutreten.)

Bezüglich der auswärtigen Politik erklärte Poincaré: Die Ereignisse drängen uns; ich werde mit Lloyd George eine Besprechung haben, die lange dauern kann und meine Erörterungen wegen des zu bildenden Kabinetts verzögern kann. Ich glaube nicht, daß das Kabinett vor Sonntag gebildet werden kann. Da die Kammer erst am Donnerstag zusammentreten soll, werde ich Zeit haben, um die Dokumente kennen zu lernen, die sich auf die Fragen beziehen, welche gegenwärtig von den Alliierten erörtert werden. Die Tagungen des Obersten Rates sind vorzuziehen, doch glaube ich, daß es vorteilhafter wäre, daß der Ministerpräsident erst dann vertritt, wenn die Botschaft die vorbereitenden Arbeiten beendet hat. Der Oberste Rat soll meiner Meinung nach prinzipiell erst dann zusammentreten, wenn es sich darum handelt, Unterwürfungen auszuhandeln.

Über das Regierungsprogramm Poincarés weiß der Chefredakteur des „Main“ Lausanne mitzuteilen: Poincaré hat für das englische Volk nur Gefühle tiefer Zuneigung; er wünschte, die freundschaftlichen Bande noch enger zu knüpfen, aber dieses Gefühl dürfte nicht dazu führen, daß die Methoden wieder angewandt würden, die bisher in Gebrauch waren, daß nicht alle Vorschläge angenommen werden sollten, die von England gemacht würden. (?) Poincaré werde Lloyd George in der heutigen Besprechung den Wunsch ausdrücken, mit ihm oft und lange zu sprechen, viel länger und viel häufiger, als seine Vorgänger. Dies dürfte aber nicht auf Tagungen des Obersten Rates geschehen. Der englisch-französische Vertrag werde abgeschlossen werden, weil dies der glühendste Wunsch Poincarés sei, aber nicht der Vertrag werde abgeschlossen werden.

## Vom Tage.

Die behdrbliche Sparjamkeit in der Praxis. Anlässlich der vorjährigen Haushaltsberatungen wurde die Öffentlichkeit durch die Mitteilung überrascht, daß auf Kosten der Reichsstafie nicht weniger als 800 Dienstautos gehalten werden. Sachkundige berechneten, daß die Ausgaben dafür jährlich etwa 68 bis 70 Millionen Mark betragen müßten. Mit Recht wurde dieser Luxus von den rechtsstehenden Parteien scharf verurteilt und u. a. darauf hingewiesen, daß in der alten Zeit, d. h. vor dem Verfassungsunsinn, lediglich dem Reichskanzler ein Zweifspanner und dem Minister des Auswärtigen ein Einspanner zur Verfügung gestellt wurde. Es wird hoffentlich Veranlassung genommen werden, bei der diesjährigen Etatsberatung auf die Dienstautos der Reichsregierung zurückzukommen und zu erfahren, wie weit der Luxus angesichts unserer nationalen Verarmung eingeschränkt sei. Wir müssen leider befürchten, daß den Worten die Taten nur in spärlicher Weise gefolgt seien. Auch die preußische Regierung scheint in der Bewilligung von Dienstautos sehr liberal zu verfahren. Es sind nicht etwa nur die Minister, die zu ihrer Bequemlichkeit jederzeit ein schönes Auto zur Verfügung haben, sondern auch nachgeordnete Beamte werden größtenteils der Mühe des Laufens oder der beschwerlicheren Beförderung auf dem Schienenwege überhoben. Der Öffentlichkeit gegenüber wird unabhässig äußerste Sparjamkeit gepredigt, in dessen die Herren an der Spitze nicht im entferntesten daran denken, ihrer Bequemlichkeit irgendwelche Opfer zu bringen. Man kann sich kaum vorstellen, daß gewissenhafte Volksvertreter den kostspieligen Autoluxus billigen sollten. Sie werden sich der Verpflichtung nicht entziehen dürfen, angesichts des fürchterlichen Finanzelends von den Beamten gewissenhafte Beobachtung des Sparjamkeitsprinzips zu verlangen.

\*

Scheidemann über eine „Erregungsschicht“ der Revolution. In der „Frankfurter Zeitung“ stimmt Herr Philipp Scheidemann in einem längeren Artikel ein Klagegedicht an über „die Not der Städte“. Da schreibt er u. a.: „Das schließliche Gut des deutschen Städtewesens war das Selbstverwaltungswesen. Nur gestützt auf dieses Recht, war es den deutschen Städten möglich, die Mühe zu erreichen, die jetzt zu vermehren droht. Dieses Recht ist zerbrochen seit dem Ansehen, in dem man den Städten das Recht genommen hat, zu

der oben veröffentlicht sei, weil dieser zu viele Lücken habe. Man wisse nicht, was in 10 Jahren gescheit, wenn Frankreich vielleicht die kritischsten Stunden seines Lebens durchleben werde. Auch von einer Militärkonvention werde nicht gesprochen, namentlich werde nicht erwähnt, in welcher Weise Frankreich England zur Seite zu treten habe, falls dies angegriffen würde. Heute habe man den Eindruck, daß Frankreich nur kontrolliert werden soll, ohne selbst zu kontrollieren.

### Das neue französische Ministerium.

\* Paris, 14. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Was die technische Seite des neuen Kabinetts Poincarés anbelangt, so steht es noch nicht fest, ob wiederum 15 Minister und 9 Unterstaatssekretäre ernannt werden sollen. Einverleitet verlautet, daß Poincaré keines der bestehenden Ministerien abschaffen wolle, andererseits spricht man davon, daß das Ministerium für Pensionen aufgehoben und mit dem Kriegsministerium vereinigt werden würde. Unterstaatssekretärposten sollen aber nur 9 besetzt werden. Poincaré dürfte zwei Senatoren und 11 Abgeordnete zu Ministern ernennen lassen. Die Unterstaatssekretärposten dürften ausschließlich Kammermitgliedern zufallen. Die verschiedenen Ministerlisten werden selbstverständlich kopiert. Eine hat ebenso großen oder ebenso geringen Wert wie die andere. Keinesfalls scheint man, daß Loucheur im neuen Kabinett nicht aufgenommen werden wird. Die Abschiedsworte von Rathenau ihm gegenüber, daß er auf ein baldiges Wiedersehen hoffe, werden also kaum in der nächsten Zeit erfüllt werden. Auch über Barthou ist es still geworden. Das Kriegsministerium scheint endgültig waagrecht zu fallen. Für nicht annähernd hält man es, daß Poincaré das auswärtige Amt übernimmt. Das „Petit Journal“ berweist heute nachdrücklich auf die Unzulänglichkeiten, welche eine Vereinigung der Ministerpräsidentenschaft mit dem Außenministerium in sich schließt. Über die meisten Ansehmannen der französischen Zeitungsredaktionen gehen dahin, daß Poincaré auch Außenminister würde. Für das Justizministerium scheint man endgültig Raiberti in Aussicht genommen zu haben. Die Wahl Manourhs für das Innere steht ziemlich fest, die Marine könnte an Doumergue oder Landry fallen, der Handel auf Riag, die öffentlichen Arbeiten an Le Troquet, von dem aber auch als Minister für die befreiten Gebiete gesprochen wird. Der Unterricht wird Leon Berard zufallen, die Kolonien Sarrau, die öffentlichen Arbeiten eventuell auch an Daniel Vincent, falls dieser nicht die befreiten Gebiete übernimmt. Die Finanzen kommen bestimmt an De Larosière. Der behaltliche Mittelverwalter, der Generalberichterstatter über das Budget, Bolanowsky, hat kaum Aussicht.

### Erklärungen Lloyd Georges.

Cannes, 13. Januar. Vor der Abreise aus Cannes erklärte Lloyd George den französischen Pressevertretern, er habe gewünscht, daß der Garantievertrag nach vor dem Zusammentritt der Konferenz von Genoa unterzeichnet werden möge. Die italienische Regierung sei im Augenblick nicht angefordert worden, sich dem Abkommen anzuschließen, weil die Lage der italienischen Grenze dies nicht zu einer geordneten Vorbereitung mache. Das Einvernehmen mit Belgien in dieser Angelegenheit sei vollkommen. Was die Orientfrage betreffe, hoffe er, daß sie in etwa zwei Wochen bei der Zusammenkunft der Außenminister in Paris geregelt würde. Auf eine Anfrage wegen der U-Boote antwortete Lloyd George, dies Kabinett sei ausschließlich für Handelsschiffe als für Kriegsschiffe, das sei im letzten Kriege bewiesen worden. Torpedoboote, nicht U-Boote sollten den Küstenschutz übernehmen. Lloyd George faate: Ich fürchte nicht die französischen U-Boote, sondern U-Boote im allgemeinen. Zum Schluß erklärte er, der Wiederaufbau Europas könne erst in Angriff genommen werden, wenn der Friede in Europa wiederhergestellt sei.

Schlüge zur Einkommensteuer zu erheben. Über diese Tatsache kann auch die schönste Redensart nicht hinwegtäuschen. Hier liegt eine der schwersten Fehler unserer Steuergebung. Die Gemeinden finanziell vollkommen abhängig zu machen von dem zwischen Ultimatum und Ultimatum vegetierenden Reich, war nicht nur aus kulturellen, sondern auch aus politischen Gründen falsch. — So sieht Scheidemann die Zustände jetzt als Oberbürgermeister von Kassel, freilich ohne Binnauchen, daß auch sie eine der „Erregungsschichten“ der Revolution sind. Früher haben die Sozialdemokraten stets behauptet, unsere städtischen Verhältnisse wären rückständig und unwürdig; jetzt spricht Herr Scheidemann von der Blüte des Städtelebens in jener Zeit, als die Sozialdemokraten darin noch wenig mitreden hatten, und klagt über das Verwelken der Blüte unter einer Gesegebung, bei der die Sozialdemokraten maßgebenden Einfluß hatten.

### Der polnisch-litauische Konflikt.

Genf, 13. Januar. Der Völkerbundsrat nahm heute die von Schwanz-Belgien entworfene Entscheldung über den litauisch-polnischen Streitfall an, in der erklärt wird, daß das langwierige Veröhmungsverfahren des Völkerbundsrates als gescheitert zu betrachten ist. Der Rat sieht daher die militärische Kontrollkommission in einem Monat zurück. Er empfiehlt, daß, falls beide Staaten keine diplomatischen Beziehungen zu einander haben können, sie ihre Interessen Vertretern besternder Mächte anvertrauen sollen. Zum Protest Litauens gegen die Wahl von Wilna erklärt die Entscheldung, daß der Rat bei keinem Streitfall, den ein Völkerbundsmittglied vor den Völkerbund bringe, eine Lösung anerkennen könne, die ohne Berücksichtigung seiner Empfehlungen angenommen werde. Die Entscheldung schließt die Hoffnung aus, daß beide Parteien der etwaigen Entscheidung von Völkerbundsvollziehern nach Wilna zur Untersuchung der Verhältnisse zustimmen werden.

In der Sitzung des Völkerbundsrates über die Wilnafrage machte der litauische Vertreter den Vorschlag, der Völkerbundsrat möge den Obersten Rat ersuchen, die Diktatorische Verträge vorzugeben, wie sie in dem 83. des Artikels 87 des Verfallener Vertrages vorgesehen ist, festzusetzen, was den litauisch-polnischen Konflikt beenden würde. Ebenso würde Litauen der Lösung des Wilna-Konfliktes durch den ständigen internationalen Gerichtshof oder durch ein Schiedsgericht zustimmen. Zu diesem Vorschlag hat sich der Rat nicht geäußert.

### Zur Lage.

§§ Berlin, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichskabinett hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, in der es sich über nur mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte. Reparationsangelegenheiten standen nicht auf der Tagesordnung. Die Entscheidung der Reparationskommission, die für die im Januar und Februar fälligen Zahlungen ein Moratorium unter gewissen Bedingungen vorzuziehen, ist der Reichsregierung gestern in später Abendstunde bekannt geworden. Für heute vormittag war eine interne Besprechung darüber angesetzt. Die deutsche Delegation, die nach Pariser Meldungen gestern Abend aus Cannes abgereist ist, wird bis zum Sonntag in Berlin sein und alsbald nach ihrem Eintreffen den zuständigen Stellen Bericht über die Verhandlungen in Cannes erstatten.

### Die Regierungsumbildung in Bayern.

§§ Zwischen den gegenwärtigen bayerischen Koalitionsparteien und den Führern der Mittelpartei haben, wie gemeldet, unvorbindliche Besprechungen über den Wiedereintritt dieser Partei in die Regierungskoalition, aus der sie bei der Demission des Herrn von Raab ausgeschieden ist, stattgefunden. Die Vorverhandlungen sind nun soweit gediehen, daß die offiziellen Besprechungen am kommenden Montag beginnen können. Es ist kaum mehr ein Zweifel daran möglich, daß die alte Koalition in Bayern wieder aufleben wird. Die Mittelpartei soll wie früher das Justizministerium erhalten, das bisher vom Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld mitverwaltet worden ist.

### Deutschlands Entwaffnung.

§§ Dem Reichsrat ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der das Eingehen der deutschen Festungen an der Westgrenze und an der Küste betrifft, und bereits auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstages gesetzt werden soll. In dem Entwurfe wird bestimmt, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes die Festungen Wesel, Köln, Koblenz, Mainz, Gemersheim, die rechtsrheinischen Befestigungen von Straßburg, die oberrheinischen Befestigungen, ferner Friedrichsort, Kiel und Geltingen eingehen. Durch Erlaß dieses Gesetzes wird einer Forderung der Botschafterkonferenz und der interalliierten Militärkontrollkommission entsprochen.

\* Eine Denkschrift über die Durchführung des Londoner Ultimatums bei der Wehrmacht ist dem Reichsrat zugegangen. In der Denkschrift wird im einzelnen erläutert, wie den Forderungen der Entente Rechnung getragen worden ist und welche Wirkungen sich daraus für uns ergeben.

### Die „Sieger“.

Die zahlreichen deutschen Pressestimmen der letzten Zeit, die mit Recht auf die unerhörten Zustände im besetzten Gebiet hinweisen, werden neuerdings durch einige französische Presseäußerungen wirksam ergänzt. Wie in der „Lanterne“, so wurden kürzlich auch in der „Humanité“ die Zustände in der französischen Besatzungsarmee der Rheinlande, vor allem auch die Verschwendung der hohen französischen Militärs einer eingehenden Kritik unterzogen. In dem Bericht der „Humanité“ heißt es:

„Unsere Soldaten wohnen in den Kasernen, die subalternen und höheren Offiziere bei der Bürgerchaft, was aber die hohen militärischen Chefs betrifft, so sind sie in allen Regierungspalästen und den prächtigsten Privatgebäuden untergebracht. Sie sind die Fürsten der Dritten Republik, denen nur die Zivilisten fehlt. Deutschland hat seinen militärischen Oberbefehlshabern stets alanzende Dienstwohnungen bereitgestellt; aber dem Geschmack französischer Generale entsprechen diese Paläste noch lange nicht. Einer von ihnen, der höchste vielleicht, bewohnt das großherzogliche Schloß. Seine Gemahlin, die die Morgenluft liebt, hat die Privaträume der großherzoglichen Familie in Reichlag genommen, und ihre erste Sorge war, Tapeten und Ausstattung nach ihrem Geschmack radikal umändern zu lassen. Weiter hat sie sodann, um sich in dem weiten Park umgeben zu können, dessen Gesege mit Eisenblech beschlagen lassen. Man kann sich die Kosten einer solchen Arbeit vorstellen? Derselbe hohe Chef hegte dann den Wunsch, eine Winterresidenz zu haben und fand dazu kein besseres Mittel, als die Sommerresidenz der Großherzöge in entsprechend kostspieliger Weise für diesen Zweck umbauen zu lassen. Eine geniale Idee wie sie nur im Gehirn eines Militärs entstehen kann!

Ein anderer hoher General, der da unten ein Armeekorps kommandiert, fand für sich und seine Familie die Dienstwohnung in der Garnison seines Korps ungenügend, requirierte darum eine sehr schöne Villa, die aber noch gänzlich neu ausgestattet werden mußte, um des großen Herrn würdig zu werden, der sie bewohnt. Ein dritter, jungverheirateter General, requirierte, um sich seiner Gattin galant zu zeigen, eine Villa, deren Inneres durch umfassende Arbeiten, die im übrigen ganz unnötig waren, in geschmackvollster Weise umgestaltet werden mußte. Die Villa war kaum fertig, als sie dem galanten Ehemann nicht mehr gefiel. Er requirierte darauf einfach ein dieser Hinsicht vollständiges Appartement in einem der vornehmsten Hotels seiner Garnison.

Das Verhalten unserer hohen Befehlshaber im Rheinlande ist ein großer Skandal. Die Regierung soll einen Generalintendanten mit der Untersuchung dieser Dinge beauftragt haben. Welches sind die Resultate dieser Untersuchung, und welche Strafen sind verhängt worden?

Wir sehen aus dieser Darstellung, in welcher unglaublichen Weise der französische Militarismus mit all seinen bemerklichen Begleiterscheinungen und Auswüchsen unser Rheinland überschwemmt hat. Es wird die höchste Zeit, daß diesem groben Skandal, gegen den von deutscher Seite immer wieder vergeblich Protest erhoben worden ist, endlich durch internationale Regelung ein Ende bereitet wird.

# Danziger Fragen beim Völkerrundrat.

w. Genf, 13. Januar. Der Völkerrundrat behandelte gestern in Anwesenheit des Oberkommissars von Danzig, General Gafina, des Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm und des polnischen Delegierten Mienasz eine Reihe die Freie Stadt Danzig betreffende Fragen. Zur Erledigung kamen zunächst drei Punkte, in denen es sich im wesentlichen um rein formelle Genehmigung von durch Danzig abgeschlossenen Verträgen und Gesetzen handelt. In der Frage der Abänderung der Danziger Verfassung, in der bekanntlich laut Reichsbeschluss die Amtsdauer der Senatoren auf vier Jahre herabgesetzt werden soll, wurde folgender Beschluss gefasst: Da der entsprechende Antrag des Danziger Senats infolge Widerspruch der Opposition im Volksstaat nicht die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit erlangt hatte, ist der Freien Stadt Danzig eine neue Frist für Durchführung der Verfassungsänderung zu geben und nach erfolgter Annahme derselben der Oberkommissar mit Inkraftsetzung der geplanten Verfassung zu betrauen. Obgleich in den meisten vorliegenden Fragen sachliche Übereinstimmung herrschte, benutzte der polnische Vertreter Mienasz zu wiederholten Malen die Gelegenheit zu Ausfällen gegen die Freie Stadt Danzig, die Präsident Dr. Sahm, der deutsch sprach, mit verständlichen, aber entschiedenen Worten berichtigte. Der Völkerrundrat war nämlich peinlich berührt durch die Art der polnischen Vertreters. Präsident Gumann, der die Debatte mit großer Unparteilichkeit leitete, sah sich einmal gezwungen, einen Zwischenfall, den Mienasz anlässlich der Exploitationsfrage unter unrichtigen Anschuldigungen gegen Danzig heraufbeschworen hatte, kurzer Hand abzuwehren. Interessant war auch die Bemerkung Mienasz bei der Besprechung der Reichsfrage, als er erklärte, Danzig sei von Deutschen Reich einseitig und allein deshalb lösgelöst, um Polen seinen Zutritt zum Meere zu gewähren.

## Bestimmungen für die Juden sind außer Kraft gesetzt worden.

(Es trat sich nur, ob und wie weit die unteren polnischen Behörden sich um diesen Erlaß kümmern werden. — Red.)

**Schulkampf in Südtirol.** Der römischen „Tribuna“ zufolge wird in Südtirol Widerstand gegen die Durchführung der Schuldekrete geleistet; die Schulkinder besuchen die ihnen ausgewiesenen italienischen Schulen nicht. Es wird eine Kommission nach Südtirol entsandt werden, um die erhobenen Beschwerden zu untersuchen.

Der Vieh-Tribut Ungarns, „Besti Naplo“ meldet: Die Reparationskommission hat an die ungarische Regierung die Forderung gerichtet, daß sie jährlich 28 000 Stück Anzweih, 26 000 Pferde und 20 000 Schafe für eine Reitdauer von dreißig Jahren liefere.

# Schlesien.

## Wissenschaft und Pädagogik.

In der letzten Sitzung der Vereinigung von Freunden des humanistischen Gymnasiums sprach Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Gerde über „Wissenschaft und Praxis im Unterricht.“ Die Ausführungen zielten auf eine Klärung der Stellung der Wissenschaft — insbesondere der klassischen Philologie und der verwandten Fächer — zur Praxis ab, und der Vortragende beschäftigte sich zunächst mit den Vorwürfen, die man dem Univeritätsunterricht macht: daß er den Standpunkt der Praxis allzusehr vernachlässige, in dem Lehrbetrieb eine Menge rein wissenschaftlicher Fragen hineingewehe, um die sich der Schüler als Lehrer nicht mehr zu kümmern brauche, und daß im Seminarbetrieb überflüssiger Weise auch verkehrte, längst widerlegte Anschauungen noch weiter behandelt würden. Aber dies habe seinen guten Grund darin, daß erfahrungsgemäß solche falsche Ansichten, deren Widerlegung nicht mehr wiederholt werde, immer wieder auftauchten, daß alte Irrwege immer wieder beschritten würden, und daß die Auseinandersetzung mit diesen Irrtümern die Anschauungen vertiefe und den Blick des späteren Lehrers für die psychologische Begründung von Fehlerquellen schärfe. Und wenn die Universität dem Lehrer mehr biete als dieser für die Praxis brauche, so beruhe das auf der Notwendigkeit, schon nach der rein stoischen Seite seinen Gesichtskreis über das vom Gymnasium Mitgebrachte hinaus zu erweitern, und ferner ihn in der Geistes der Sache hineinzuübren, in die Methode — sodas derjenige, der gelernt habe, sich in den verschiedensten Stoffen auszurechtfinden, und in die Tiefe einzudringen, nachher auch in der Lage sei, selbständig zu arbeiten und zu forschen. Ne nach dem Gedankengang des Vortragenden wirkte sein Unterricht auch auf die Schüler, namentlich in den oberen Klassen. Weiter wies der Vortragende auf die besondere Bedeutung der Philologie für die Schulung in unserem wichtigsten Ausdrucksmittel, der Sprache, hin, und zog aus alledem den gegen die einseitige Befürwortung einer absoluten, völligen Selbständigkeit beanspruchenden Pädagogik gerichteten Schluß, daß eine Pädagogik solcher Art — außer im Kleinkinderunterricht — keine Existenzberechtigung habe, sondern daß sie stets im engeren Zusammenhang mit dem betreffenden Lehrgang stehen müsse. Je mehr man diesen beherrsche und je tiefer man in seine Probleme eingedrungen sei, desto mehr werde auch die Pädagogik ihren speziellen Aufgaben gewachsen sein. Die weiteren, nach verschiedenen Fachproblemen erörternden Darlegungen des Vortragenden galten u. a. der Pflicht, auch bei Ausübung der Lehrpraxis noch weiter in möglichst reger Verbindung mit der Wissenschaft zu bleiben, und sich deren Fortschritte immer wieder zu eien zu machen, sowie ferner der Frage, durch was für Veranstaltungen die arden Wissenschaften, die die Kriegszeit bei vielen verstimmt habe, sich wieder beiseitigen ließen. Zum Schluß betonte er die Notwendigkeit, der Neued wirkliche Beaeiterung für die Wissenschaft einzuführen, damit sie für das Leben vorhalte. Dem gedankreichen Vortrage, der eine Fülle von Anregungen bot, folgte eine entsprechend rege und vielseitige Ausprache.

## Polnische Sprachkurse für evangelische Theologen.

Polnische Sprachkurse für Studierende der evangelischen Theologie sind an der Breslauer Universität vom Evang. Oberkirchenrat eingerichtet worden. Studenten der evang. Theologie, welche geneigt sind, eine parramtliche Tätigkeit im polnischen Sprachgebiet zu übernehmen, wird hierdurch, und zwar in der Regel vom Beginn des 3. Studienjahres ab, Gelegenheit geboten, in besonderen unentgeltlichen Unterrichtsstunden, deren Dauer auf 4 Semester bestimmt und deren Abhaltung dem Pastor D. Wosien in Breslau übertragen ist, die polnische Sprache zu erlernen. Diejenigen Studenten der evang. Theologie, welche der schlesischen evang. Provinzialkirchenbehörde gegenüber sich schriftlich verpflichten, an den polnischen Unterrichtsstunden regelmäßig und vollständig teilzunehmen, das

Lehrvikariatsjahr nach Befreiung der Kirchenbehörde im polnischen Sprachgebiet zu erleben, nach erlangter Anstellungsbefähigung für das geistliche Amt eine Pfarrstelle oder ein Vikariat im polnischen Sprachgebiet innerhalb oder außerhalb Preußen nach Weisung der zuständigen Kirchenbehörde auf die Dauer von mindestens 6 Jahren zu übernehmen, erhalten für das 2., 3. und 4. Semester des polnischen Unterrichtskurses ein in zwei gleichen Teilen vierteljährlich im Voraus zahlbares Stipendium von 1500 Mark für das Semester, sobald sie durch eine Prüfung am Ende des vorhergehenden Semesters die erfolgreiche Teilnahme an dem Unterrichtskursus nachgewiesen und sich der schlesischen Provinzialkirchenbehörde schriftlich verpflichtet haben, die erhaltenen Stipendien zurückzahlen, falls sie lediglich aus eigener Entschließung einer der oben erwähnten Verpflichtungen nicht nachkommen. Die Entscheidung über die Annahme der zu dem Unterrichtskursus sich meldenden Studenten bleibt der schlesischen Provinzialkirchenbehörde vorbehalten.

[Freitag.] A. Schweidnitz, 11. Januar. Der letzte Preistag hatte sich vorwiegend mit finanziellen Angelegenheiten zu befassen. Nach längerer Beratung genehmigte er die durch den Untergang der Geschäfte notwendig gewordene Abtrennung der Kreisoffiziale von der Kreisparafalle und Umbildung in eine Kreisbank mit einem Betriebskapital aus Kreismitteln von 1,1 Millionen Mark. Ein größeres langfristiges Darlehen von rund 4,8 Millionen Mark wurde zur Abwendung der durch Rücknahme von Familienunterstützungen während des Krieges aufgenommenen Schuld aufgenommen werden, wobei das Reich für die Anleihe und die jährlichen Zins- und Tilgungsbeträge haftet. Zu den Sägen der im Vorjahre beschlossenen Vermögenssicherung-Ordnung des Kreises beschloß der Preistag einstimmig einen Beschlus von 15 Prozent zu erheben; den Gemeinden bleiben weitere Zuschläge überlassen. Auch ein Nachtrag zur Summe der Kreissteuer wurde nach den Erfahrungen der Praxis festgelegt. Von Interesse dürften weiter die Einführung einer Raabsteuer (25 Mk. pro Hektar bei einem Kreiseinkommen, 5 Mk. bei einem Auswärtigen) und die Erhöhung der Steuerföbe für die Schatz-erlaubnis sein. Landrat v. Salisch leitete die etwa fünfstündige Sitzung des fast vollzählbar erschienenen Preistages.

12. Januar. Auf Veranlassung des Kreisvereins der Deutschnationalen Volkspartei sprach heute in einer öffentlichen Versammlung der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister a. D. Hergt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Rechtsanwalt Dr. Wünnich, betrat der Redner, der der Versammlung lebhaft begrüßt, die Rednertribüne. Er hielt zunächst einen Rückblick auf das verfloßene Jahr, sprach sodann über Aussichten der Konferenz von Cannes, berührte die Steuerpolitik und wandte sich zum Schluß gegen die bestehende Regierungskoalition. Nachdem einige sozialistische Redner in der Diskussion gesprochen hatten, erwiderte Staatsminister Hergt darauf in einem kurzen Schlusswort.

12. Januar. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Totschlags hatte sich der Dominikaner Johannes Neugebauer aus Allersheim vor dem hiesigen Schwurgericht zu verantworten. Bei einem Versuch des sozialdemokratischen Radfahrervereins „Solidarität“ im Januar v. J. kam es infolge politischer Differenzen mit einigen Vätern zu einer Prügelei, bei der der Sozialdemokrat aus Grünberg von Neugebauer, der bei der Sozialdemokratie eine Führerrolle spielte, und anderen Genossen angegriffen und blutig geschlagen wurde. Im Gefängnis befand sich auch der nach mehrjähriger Gefangenschaft aus Sibirien heimgekehrte Wirtschaftsimpektor Nitsche aus Wiefegrade, ein ruhiger und allgemein beliebter Mensch, der aber nun auch selbst angegriffen zu werden fürchtete und deshalb auf die Landstraße flüchtete. Ihm folgten Neugebauer und dessen Frau, und als in der Gegend des Kirchhofs Nitsche sich einmal umdrehte, fiel er durch einen Steinwurf. In der deshalb gegen Neugebauer eingeleiteten Untersuchung befandete dessen Frau, ihr Mann habe zu ihr gesagt: „Ich habe ihm ein Ding gedreht, er ist tot.“ und weiter: „Sage, daß er sich selbst erschossen hat.“ Vor Gericht bestritt Frau Neugebauer diese Aussage, und da auch der Angeklagte den Totschlag hartnäckig abstreift und sonstige Augenzeugen der Tat nicht vorhanden waren, verurteilten die Geschworenen die auf Totschlag lautende Schuldfrage. Neugebauer wurde mit der gemeinschaftlichen Körperverletzung schuldig gesprochen und unter Berücksichtigung seiner wiederholten Vorstrafen wegen Hochverrats zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

\* Breslau, 14. Januar. Die Schneedecke, die der gestrige Tag der Stadt gebracht hat, ist, da der Schneefall bis in die Nacht hinein anhielt, ziemlich stark geworden. Bei — 3 bis 4 Grad Celsius in den verschiedenen Stadtteilen sieht sie auch ausdauernd an. Die ganze Stadt bietet überall die prächtigsten Winterbilder. Ein Schneestück von besonderer Schönheit ist der Christophorusplatz mit seinen Platanen und dem Rixleben im Schnee. Überall ist ideale Schlittenbahn, während die Fuhrwerke ihre Schwerverfahren haben. Droschken und Müllwagen gehen deshalb heute meist zweifach.

„Dieses nichtswürdige württembergische Rad. Vorfassen sind sie schon jetzt in der Frühe.“

„Und das am heiligen Sonntagmorgen. Sehen Sie nur einmal an, in das eiskalte Wasser wollen sie den armen Jungen steden. Christliche Kriegsleute wollen das sein. Schlimmer kann der Großtäter nicht haufen.“

Erwald hielt sich bei den entfrähten Weiblein nicht auf. Hurtig ging er auf die Gruppe am Brunnen zu. Dort quoll trotz der Winterzeit das klare Quellwasser munter aus vier schönen Nöhren in das weite Steinbecken, zu dem vom dem Steinpflaster des Marktes drei Stufen emporführten. Hier hinauf zertren zwei Reiter aus Schwabenland mit flolgigen Kürschern einen halbwindigen Wurfchen. Andere halfen mit Pfaffen und Knäufen nach. Schon wurde der Widerstrebende an den Rand des mit eigem Wasser gefüllten Brunnenbeckens gestoben. „Ins Wasser mit dem Wurfchen! Soll an die Spätlekresse a Gedächtnis haal!“ Der eine der Württemberger packte fester zu, da fühlte er sich am Arm gefaßt: „Laß den Spaß, guter Mann. Der Junge kann dauernden Schaden abbekommen, wenn Ihr ihn in das kalte Wasser werft.“ Der Dragoner, ein ungeflächterter Hüpel, sah sich unwirsch um, mer ihn in seinem Sonntagsvormittagsvergügen stürte. Als er in das harmlose Gelehtenamtlich des Affessors blickte, merkte er, daß ihm hier kein ernsthafter Gegner drohe. Der grobe Bauernbursche von der Alb fuhr polternd auf Erwald los: „Laß dei Hand von der Saach, soll roat ich dir.“ Damit wollte er unbekümmert sein seltsames Tanfgeschäp an dem Weitschener Wurfchen weiterführen. Aber energischer als vorher packte der Affessor den rohen Wurfchen an der Schulter. Der drohte Delinquent hatte den rechten Augenblick erspäht. Mit einem Rud war er der schwäbischen Haut und dem drohenden eiskalten Bade entrann. Seinem Feiniger war er entschüpft, indem er die immer dichter werdende Menge der Zuschauer als schützende Mauer ausnützte. (Fortsetzung folgt).

## Zeitschriften.

Das Januarheft der **Neuen Rundschau** (S. Fischer, Postag. Berlin), die unter der Redaktion von Dr. Rudolf Bauer von neuen Jahrgang ab gemeinam von Prof. Dr. Eduard Me. S. Fischer und Prof. Dr. S. Zaenger herausgegeben wird, bringt an erster Stelle einen programmatischen Aufsatz „Was wir wollen und sollen“ von S. Zaenger. Rudolf Hübner unterhult in einem Vortrage „Zur Soziologie der modernen Kultur“ die sozialen Lebensbedingungen des Volkes in unserer Zeit. Franz Werfel veröffentlicht unter dem Titel „Ferien“ einen Aufsatz neuer Gedichte. Ferner enthält das Heft die Novelle „Der Herr aus San Francisco“ von J. A. Kunin. Aus den Erläuterungen an Oscar Wilde von Graf Paris gelangt ein neuer Aufsatz zum Abde.

# Der Tag des Erwachens.

Von Wolfgang Woidschükte. [14]

## Viertes Kapitel.

Schon ist ein junger, eben zu neuem Leben erwachender Sommerfontan, aber noch prächtiger machte sich jener Februarsonntag 1813. Hatte am Tage vorher im trübren Dämmerlicht die weiße Schneehülle wie ein Leichentuch über den spitzen Giebelhäusern und den Feldern gelegen, so war sie heute von der hellleuchtend aufsteigenden Sonne in ein königliches Prachtgewand verzaubert worden, das mit demantüberfühten Falten Stadt und Landschaft warm umhüllte.

Auf seinem Lager war der Affessor eben aus wenig erquickendem Schlummer erwacht. Auch in sein Gemach hinein lugte die weiße Pracht des Sonntagmorgens. Sie lodte hinaus in die hebe Frische der Winterlone. Wohligh besunde Freund Erwald die Aeme; wie schon war doch die Welt!

Da pochte es mit hartem Schlag an die Tür; erschrocken fuhr der Bangschläfer auf. Der Türspalt öffnete sich ein wenig, und des Herrn Steuertrats wenig sonnträgliches Antlik tauchte auf. „Ich gehe zum Frühgottesdienst und dann auf die Posthalterei. Will mal nachfragen, wie es mit der Verbindung nach Berlin steht. Du gehst zu gezeimender Zeit nochmals zu den Wunderlichs. Vielleicht können wir zu Mittwoch vernünftiger miteinander reden, als gestern abend.“

Das milchliche Antlik war bald wieder verschwunden, aber geblieben war die Last, die das Erlöben des gestrigen Tages auf das Gemüt des königlichen Affessors gehäuft hatte. Vor Mäte sollte er treten. Da trat er sichtlich wieder auf den Rittmeister mit seinem höhnischen Lächeln. Was hatte er überhaupt noch bei den Wunderlichs zu holen? Er, der Strohbohder mit dem brillanzgezierten Gesicht sollte in Wettbewer treten mit dem schneidigen Reiteroffizier, der alles besah, was ein Mädchenherz erträumte? In der Gesellschaft war er zu laubens, aber der Freier konnte so interessant über die Gebiete plaudern, in denen die schönen Geister heimisch waren. Nein, der Vater verlangte zu viel! Zu Mäte ging er heut nie und nimmer. Dieser verstaubte Reimer mußte zu allem auch gerade jetzt in Weichheit aufweichen. Welche unangenehme Situation hatte er gestern durch seinen Zusammenstoß mit dem Franzosen herbeigeführt. Auch für ihn, den Affessor, konnte das peinliche Folgen haben. Aber was beginnen, um — aus-

dieser gräßlichen Verleumdung einen Ausweg zu finden? Erwald sann und sann. Auf verschlungenen Wegen wandelten seine Gedanken, aber immer wieder langten sie an demselben Ziel an: Lothar Reimer. Ja, der wußte sicherlich etwas, was aus dieser Enge hinausführte. Aber sollte er dem Studienfreunde anvertrauen, wie kläglich er gestern vor dem Vater bestanden hatte? Das würde ein schönes Gespött geben. Aber hatte Lothar gestern abend nicht selbst an die Schwertigkeiten des Untersuchens gerührt, als er von der Teilnahmslosigkeit der Philisterwelt und ihrem Widerstreben gegen hohe Gedanken sprach und ihm reifliche Überlegung anempfohl? — War sein Vater, der Steuertratt, nicht auch ein solcher Philister, der nur das Getriebe des Alltags vor den Augen sah und nur das? Ein jähes Entsetzen packte Erwald. Der Gedanke war schändlich und verrückt; aber er hatte ihn gepadt und ließ ihn nicht los trotz aller Bedenken der kindlichen Ehrfurcht. Erwalds Standpunkt zu seinem Vater war nur einmal mit Gedankenschnelle ein anderer geworden — oder hatte Lothar Reimer das zugebe gebracht? In Erwalds Brust wogte es auf und nieder. Möchte nicht der Vater das Beste wollen und trotzdem auf ein falsches Ziel hinstreben?

Es wurde Erwald Bruns zu eng in dem Gemach. Hinaus ins Freiel! Dort wollte er Klarheit gewinnen. Oder sollte er Reimer aufsuchen? Nein, er selbst mußte das mit sich ausmachen. Traf er dann den Freund, gut, sein Rat sollte ihm willkommen sein. Erwald Bruns stand auf der Schwelle des väterlichen Hauses. Wärmender Sonnenregen strahlte mild auf den Schnee der Gasse hinab. Sollte der Spaziergang nach rechts zum Tor hinaus gehen? Aber der Affessor wandte sich nach links dem Marktplatz zu. Hier an der Ecke, wo die Gasse in den weiten Platz mündet, ist ja das Haus des alten Wunderlich. Was ist er auch so töricht, diesen Weg einzuschlagen? Vielleicht ist Räte schon auf und schaut spöttlich dem Wanderer nach, der über den Markt durch den Schnee stampft.

Was gibt's da am Brunnen für einen Zusammenlaß? Ein widerwärtiges Jöhlen und Schreien! Natürlich das fremde Soldatenpaar. In einiger Entfernung davon standen Bürgerleute, Frauen und Kinder zu zweit und dritt. Ohne jede Absicht lenkte der Affessor seinen Gang auf den Brunnen zu. Da hörte er seinen Namen rufen. Die alte Hausmamsell, die Kätes Ainderfrau gewesen, stand hier mit einer gleichfalls recht beschränkten Freundin zusammen. Die Stimmen der beiden würdigen Gekatterinnen bebten und zitterten vor Entzückung in den höchsten Tönen: „

Wunte Chronik.

W. A. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Walhalla-Theater, das ursprünglich nur sogenannte klassische Operetten bringen wollte...

W. A. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Walhalla-Theater, das ursprünglich nur sogenannte klassische Operetten bringen wollte...

Der Sport am Sonntag.

Wintersport. Zwei deutsche Meisterschaften stehen auf dem Wintersportprogramm des Sonntags obenan. Die Deutsche Skimeisterschaft in Krummhübel und die Deutsche Hahnenkammmeisterschaft in Garmisch-Partenkirchen...

Fußball. Am Sonntag steigen in Breslau die weiteren Spiele um die Meisterschaft, und ganz besonders wird das große Derby im Friecken Sportreine gegen Sportklub 08...

Das 2. Spiel führt im Sportpark Grünheide die Bewegungsspieler mit Fußballverein 06 zusammen. 06 hat mit bekannter Energie dem B. V. S. ein gutes Treffen geliefert...

Die Spiele in der Mittellage haben recht stark an Interesse verloren. Es treffen sich nur auf dem Schieferplatz: Schleien und Menanau. Es wird ganz darauf ankommen, ob Schleiens Liga inzwischen eingesehen hat...

Radspport. Die Radrennen im Berliner Sportplatz werden fast zur alljährlichen Sache. Das diesmalige Programm wird zum Ereignis durch die Teilnahme von Walter Ritz...

Eislaufen. In Freundschaftsspielen im Handball treffen sich früh 10 Uhr auf dem A. T. W. Platz Gröschel u. L. B. Ritz...

Die Verwaltung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A. G. schlägt 20 Prozent Dividende vor.

Die Verwaltung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A. G. schlägt 20 Prozent Dividende vor.

W. A. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Walhalla-Theater, das ursprünglich nur sogenannte klassische Operetten bringen wollte, hatte den Erfolg, der 'Mondscheindame' des am der Karlshof-Oper seit Jahren wirkenden Kapellmeisters Alfred Lorenz zur Uraufführung zu verhelfen...

W. A. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das große Gefangenlager bei Kassel, berühmt geworden durch das Reichsgericht in Weimar, war seit langer Zeit ein 'Alem in So wie'. Mehrere tausend Russen haften dort, ihre 'Kommission' führte die Aufsicht...

n. Eine sonderbare Auswanderung wird, dem 'Manchester Guardian' zufolge, in den nächsten Monaten in den Vereinigten Staaten stattfinden: etwa 10000 Indianer, Besitzer von Ländereien in Oklahoma...

Handelsteil.

Besserung der oberdeutschen Verkehrsverhältnisse in der ersten Januar-Woche. Die Wagenstellung hat sich dementsprechend, daß laut 'Nachricht' 'Industrie-Aurier' sämtliche angeforderten Wagen (4176) gestellt werden konnten...

Verkaufssperre und Preiserhöhung in der Krawattenindustrie. Dieser Tage ging eine Notiz durch die Presse, daß der Verband der Krawattenstoff-Fabrikanten in Presfeld eine Verkaufssperre hat eintreten lassen...

Die Verwaltung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A. G. schlägt 20 Prozent Dividende vor.

w. Chicago, 12. Januar. Weizen, Mal 113%, Juli 99%, Mats, Januar 55%, Mai 54%, Schmalz, Januar 9,12%, Woll, Januar 16, Speck 7,87...

Table with exchange rates for various locations including London, Wien, and New-York.

Table with exchange rates for various locations including London, Wien, and New-York.

w. London, 12. Januar. Wollauktion. Auf der heutigen Wollauktion wurden 10 249 Ballen angeboten, die sämtlich veräußert wurden...

w. Bradfurt, 12. Januar. Wollmarkt. Die Stimmung am Wollmarkt war sehr fest. Lops stellten sich allgemein höher.

w. London, 13. Januar. Metalle. Silber per Kasse 85%, vor 3 Monate 86%, Gold per Kasse 78-79%, Binn per Kasse 100%, vor 3 Monate 100%...

Table with water level reports (Wasserstandsnachrichten) for various locations.

Mitteilungen des öffentlichen Wetterdienstes.

Table with weather forecasts for various locations including Southern U.S., Hamburg, and Berlin.

Schauspielhaus. Deutsches Theater.

Billards. Schach. A. Winkels. In unser Handelsregister A ist heute bei Nr. 140 Kraftverehrungscentraler Wähler, Gerhard Hübner, Kommanditgesellschaft, Krummholz, eingetragen worden...

Handelsteil.

Handelsteil. In unser Handelsregister A ist heute bei Nr. 140 Kraftverehrungscentraler Wähler, Gerhard Hübner, Kommanditgesellschaft, Krummholz, eingetragen worden...

Advertisement for 'Wais Stroh' (Wais Stroh) with contact information for Otto Stroh.

# Letzte Nachrichten des Abendblattes.

## Vermutungen über Poincaré's Politik.

Paris, 14. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Außerordentlich bezeichnend für den Geist in Frankreich ist es, daß alle die Blätter, die früher Anhänger Briand's gewesen waren, mit fliegenden Fahnen in das Lager Poincaré's übergingen. Allerdings ist es im „Matin“ nicht mehr Sauerwein, der die offiziellen Geschäfte des Ministerpräsidenten vertritt, sondern der Chefredakteur Lausanne selbst. Über die Tatsache bleibt bestehen, daß Briand's getreuestes Organ heute ebenso begeistert für Poincaré eintritt, was sich übrigens schon daraus erklärt, daß Poincaré schon seit Monaten alle 14 Tage im „Matin“ einen Artikel veröffentlichte. Ob er den zweiten Chefredakteur des „Matin“, Henry de Jouvenel, seinen persönlichen Freund, nicht doch mit in seine Ministerliste aufnehmen wird, möchte man nicht für unbedingt sicher halten. Auffallen muß, daß von einem der Extremisten Poincaré's im Senat „De Moncié“, in keiner der Kombinationen die Rede ist. Man könnte den Schluss daraus ziehen, daß diesem doch die Politik in Berlin zufallen könnte. Dies würde natürlich von dem Gang der Ereignisse abhängen, wie namentlich die Politik des neuen Ministerpräsidenten gegenüber Deutschland gerichtet sein wird. Fest steht in dieser Hinsicht nichts, nur möchte man es für sicher halten, daß einer der Hauptpunkte in dem Programm Poincaré's, nämlich die Aufräufung, ein für allemal aus den Erörterungen gezogen ist. Das ist aber auch das einzige, was sich über die künftigen Beziehungen Poincaré's zu Deutschland sagen läßt.

## Amerika und die Konferenz von Genua.

Paris, 14. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß der Rücktritt Briand's den Präsidenten Harding dazu veranlassen würde, seine Entscheidung zur Bescheidung der Konferenz von Genua zu vertagen. Präsident Harding und dessen Ratgeber wünschen das Programm von Genua und Näheres über die Anmachungen der Alliierten bezüglich der Militäraufgabe und des Budgets der einzelnen Länder kennen zu lernen.

Paris, 14. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der „New York Herald“ meldet, daß der amerikanische Vorkämpfer Harding gestern eine Besprechung mit Lloyd George wegen der Konferenz von Genua hatte. Lloyd George teilte mit, daß der Präsidenten Harding gefaselt habe, daß die Konferenz von Genua bestimmt stattfinden würde, und daß die Vereinigten Staaten das Recht hätten, fünf Delegierte zu entsenden, die in Cannes für die Großmächte festgesetzt seien. Kleinere Mächte würden zwei Delegierte haben. Die Konferenz von Genua würde am 3. März beginnen.

## Die Einladung Rußlands nach Genua.

Paris, 14. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Bonomi richtete gestern die offizielle Einladung zur Konferenz von Genua an Räte-Rußland. Er erinnert zunächst an die Resolution des Obersten Rates vom 6. Januar und ladet sodann die russische Regierung ein, Delegierte zur Konferenz von Genua zu entsenden. Er fügte hinzu, daß die Mitglieder des Obersten Rates von der Einladung Tschiwtschew's Kenntnis nahmen. Der Oberste Rat glaubt, in dieser Annahme liege die Erklärung enthalten, daß die russische Regierung die Bedingungen, die in der Resolution des Obersten Rates enthalten seien, annehmen, weil diese zur eventuellen Anerkennung der Sowjetregierung führen könnten. Bonomi schließt sein Einladungs schreiben mit dem Wunsch, daß die russischen Delegierten mit allen Vollmachten ausgestattet werden möchten.

## Entente-Willfür.

Unser Ofenpfeifer Korrespondent schreibt uns: Wie dem Deutschen Reich predigt die Entente auch dem kleinen Trianon-Ungarn unablässig Sparsamkeit. Nun ist dieses Trianon-Ungarn eben daran, das ihm zugestandene Soldnerheer von 30 000 Mann zu organisieren. Im Durchschnitt 15 000 ungarische Kronen für Wohnung und 35 000 Kronen für Bekleidung, Kleidung, Heizung usw. (was hoch gegriffen ist) pro Kopf und Mann gesetzt, stellen sich die Jahreskosten der 30 000 Mann auf 1 Milliarde 575 Millionen Kronen. Demgegenüber bezieht die in Ungarn weilende Entente-Kommission, die aus 87 Offizieren, 185 Mannschaften und 31 Zivilpersonen besteht und deren Bezüge von Ungarn in Franken flüssig zu machen sind, 1 Milliarde 800 Millionen Kronen jährlich, somit für bloß 288 Personen um nur 275 Millionen weniger als Ungarns ganze Armee. . . . Kommentar überflüssig!

## Gürtler gegen Wanek.

Wien, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Finanzminister Dr. Gürtler hat heute im Finanzausschuß des Nationalrates eine Erklärung über die gegen ihn von dem großdeutschen Abgeordneten Dr. Wanek erhobene Beschuldigung abgegeben, er (Gürtler) habe einen Kreis von persönlichen Freunden und einige Großbanken zu Spekulationszwecken vorzeitig über die Währungs- und Valuta-Gesegenswürfe unterrichtet. Dr. Gürtler forderte das Parlament zur Untersuchung der Beschuldigungen auf, wenn das Parlament diese Beschuldigungen überhaupt ernst nähme. Sollte eine Parlamentsdebatte über diese Angelegenheit nicht zustandekommen, so sei damit das Urteil über den Wert der Behauptungen des Abgeordneten Wanek gefällt. Der Redner der großdeutschen Volkspartei erklärte, daß die Beschuldigungen Wanek's nicht von der Partei ausgingen, sondern persönliche Angelegenheiten eines Abgeordneten seien und daß sich die Partei noch mit dem Beweismaterial des Abgeordneten Wanek beschäftige und danach ihren Beschluß dem Parlament einreichen würde.

## Zur Eisenbahreform.

In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Reichseisenbahnrats, in der, wie gemeldet, der Erhöhung der Eisenbahntarife ausgetreten wurde, wies der Vorsitzende Staatssekretär

## Merlei Neues.

d. Ministerische Andeutungen über die Verleihung des Schillerpreises, der jetzt „Staatschillerpreis“ heißt, macht das Berliner Tageblatt. Darnach habe sich die Preis-Kommission, die sich aus den Herren Arthur Claeffer, Theodor Däubler, Gerhart Hauptmann, Julius Peterfen, Hans Pfitzner und Max Reinhardt zusammensetzt, ihre Arbeit längst vollendet und ihre Kandidaten benannt. Die Wahl sei auf drei Würdige gefallen. „Es sind deutsche Dichter“, so schreibt das „B. L.“, deren Künstlertum nicht bestritten werden kann, darunter einer, in dem sich die ganze Sehnsucht sammelt und spricht, die in den besten Herzen des neuen Deutschlands lebt. Dieser jungen deutschen Republik dienen zu wollen, hat der jetzige Kultusminister Dr. Baumbach mehrfach gelobt. Man darf von ihm erwarten, daß er alle Hindernisse, welcher Art sie auch sind, ob sie äußerlicher, geistiger oder gar politischer Natur sein mögen, aus dem Wege räumt. — Man kann gespannt darauf sein, für welchen oeffenbarigen Schützling das „B. L.“ die Preisrichter sich entschieden haben. Offenbar ist da etwas faul im Staate Dänemark.

r. Die frühere Großherzogin Adelheid von Luxemburg, Schwester der regierenden Großherzogin Charlotte und Schwägerin des

Stieler auf die persönlichen und sachlichen Kosten bei der Eisenbahn hin und betonte, daß die Anregungen aus Industrie- und Handelskreisen soweit sie jetzt nicht mehr berücksichtigt werden konnten, möglichst bald einer Prüfung unterzogen werden sollen. Die in Vorbereitung befindlichen Gesegenswürfe, das Reichsbahnfinanzgesetz und das Arbeitszeitgesetz sollen die Grundlage für eine rationelle Wirtschaftsführung schaffen. Er ging weiter auf die Vertriebschwierigkeiten ein, und betonte, daß es irrig sei, anzunehmen, daß die Reichsbahn im Jahre 1921 in ihren betrieblichen Leistungen hinter dem Jahre 1920 zurückgeblieben sei. Die Wagenstellung sei sogar gestiegen. Große Schwierigkeiten ergeben sich aus der strikten Durchführung des 8-Stundentages, da die Verladung der Wagen schon am Nachmittag abgebrochen werden müsse und erst am nächsten Tage beendet werden könne, so daß Störungen im Wagenumlauf einträten und sich Verkehrsbehinderungen ergäben, wie z. B. jetzt in Hamburg. Erörtert wurde ferner auch die schwierige Kohlenlage der Eisenbahn.

Der Abtransport amerikanischer Truppen aus dem Rheinland nimmt seinen Fortgang. In den letzten Tagen wurden, wie aus Koblenz gemeldet wird, 1000 Mann verschiedener Truppenteile über Köln nach Antwerpen in die Heimat abtransportiert. Dem Transport schlossen sich verschiedene amerikanische Offiziersfamilien an.

Die in Aussicht genommene Beilegung von zwei Reichsministerien. Von amtlicher preussischer Seite wird bestätigt, daß die preussischen Vertreter im Reichsrat dahin angewiesen sind, bei der Etablierung auf Abträge beim Reichsjustizministerium und dem Reichsfinanzministerium und schließlich Beilegung dieser Ministerien hinzuwirken.

## Neue Besprechungen mit Calonder.

rh. Beuthen, 13. Januar. Heute nachmittag empfing Präsident Calonder in Neudeck eine Abordnung des Schutzverbandes der ober-schlesischen Haus- und Grundbesitzervereine. Als Erster sprach der Geschäftsführer des Verbandes Lehrer Jodisch aus Beuthen, nach ihm Eluzalek (Saurahütte) und Lejchnik (Gleiwitz). Die Wünsche, die zur Sprache gebracht wurden, bezogen sich auf das Grundbuch- und Katasterwesen, Hypothekensrecht, Versicherungswesen, Bergschadenersatzansprüche und die Währungsverhältnisse, soweit diese auf das Hypothekensystem Einfluß haben. Der Verband, der in der Angelegenheit sich vorher schon an die deutsche Delegation gewendet hatte, überreichte gleichzeitig eine Denkschrift über die erwähnten, den Grundbesitz angehenden Fragen.

## Der Schutz der Minderheiten.

Auf eine Anfrage des Abg. Budjahn ist die folgende Antwort aus dem Auswärtigen Amt eingegangen: Die Genfer Entscheidung über Oberschlesien vom 20. Oktober 1921 schreibt vor, daß zwischen Deutschland und Polen ein Abkommen zum Schutze der Minderheiten mindestens für die Übergangszeit von 15 Jahren abgeschlossen wird. Der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien wirkt darauf hin, daß in diesem Abkommen den Deutschen in dem polnisch werdenden Oberschlesien ein wirksamer Schutz in bezug auf die Sprache, ihre Religion, die Erziehung der Kinder, die Ausübung des Gewerbebetriebes, kurzum die völlige und rechtliche Gleichstellung mit den Minderheiten gesichert und durch wirksamen Rechtsschutz gewährleistet wird.

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß auch in Bad Muskau vorzügliche Schutzhälftnisse und Rodelbahn bestehen. Der Schnee liegt 30 Zentimeter hoch, das Sanatorium ist auch während des Winters geöffnet. Auch in Salzbrunn ist die Schneelage für Schneeschuhlauf und Rodel gut.

Breslau, 14. Januar. Die Stadtverordnetenversammlung hält am Donnerstag, den 19. Januar, wieder eine Sitzung ab. Zu den verschiedenen unerledigten Vorlagen ist eine Reihe neuer hinzugekommen, unter denen sich auch der Antrag befindet, durch die Mittel bereit gestellt werden sollen, für die Umbauarbeiten im Schulgebäude an der Aletiusstraße für den Zweck der Aufnahme der Frauenberufsschule. Die Umbauarbeiten, die Gas-, Wasser- und elektrischen Installationen erfordern 1100 000 M. Die Mittel sollen dadurch aufgebracht werden, daß sie ratenweise in die Haushaltspläne der nächsten vier Jahre eingestellt werden. Weiter beantragt der Magistrat Mittel als Zuschüsse zu von den Reich und Staat zur Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellten Zuschüssen zur Instandsetzung von Häusern und Wohnungen. Von Reich und Staat sind bisher 8 825 000 M. bereitgestellt. Die Stadt hat dazu einen Anteil in Höhe von 604 167 M. zu übernehmen. Es sollen aber gleich weitere 700 000 M. zur Verfügung gestellt werden, da es zweifellos notwendig wird, die Instandsetzungsarbeiten weiter auszudehnen und Reich und Staat für diese Zwecke werden weitere Zuschüsse bewilligen müssen. Bei der fertiggestellten neuen Begräbniskapelle auf dem Friedhof an der Oschitzerstraße sind noch Wege herzustellen und gärtnerische Anlagen in der Umgebung zu schaffen. Auch ist die Baumsumme noch zu ver stärken, so daß im ganzen noch 38 200 M. zu bewilligen sind. Das so maßlos gestiegene Porto veranlaßt den Vorstand der Stadtverordnetenversammlung zu einer Änderung der Geschäftsordnung. In der Geschäftsordnung steht, daß die Drucksachen der Stadtverordnetenversammlung den Stadtverordneten durch die Post zugestellt werden. Da solche Sendungen in Zukunft zweckmäßiger und billiger durch Boten zu schicken sein werden, soll durch eine entsprechende Hinzufügung in der Geschäftsordnung die sendungsmäßige Möglichkeit dafür geschaffen werden. Weiter wird die Einrechnung von 16 ordentlichen Lehrern und Lehrerinnen der höheren Schulen für die weibliche Jugend in eine höhere Besoldungsgruppe vorgelegt, wodurch 117 000 M. Mehrkosten für das Jahr 1921 entstehen. Am Weibendamm soll das Wiesengelände zwischen dem Proderschen Gastwirtschaftsgarten und der Morgenauner Fährbühne von ungefähr 4900 Quadratmeter Größe auf zehn Jahre für jährlich 1000 Mark an den Schiffsbau-

meister Otto Wüßig zum Betriebe einer Bootwerft beauftragt werden. Für das Wenzel-Gandelsche Anwesen soll als Ersatz für den 25 Jahre im Betrieb gewesenen Bruttofen, für den ein Instandsetzung nicht mehr in Frage kommt, ein neuer Bruttofen für 4000 Mark gekauft werden. Der Verkauf des Grundstücks der Willeiterschen Stiftung in Jankenburg für 68 000 Mark, der bereits beschlossen war, beschließt die Verkaufsammlung noch einmal, weil sich nachträglich herausgestellt hat, daß bei dem ersten Beschluß die Größe des Grundstücks nicht ganz genau ermittelt worden war. Es handelt sich nun um die Veräußerung eines Formsehlers. Weiter sind wieder größere Entwürfe zur Verstärkung von Haushaltsplänen zu betreiben. Von alten Vorlagen sind folgende noch zu erledigen: Erhebung von Schulgeldbeiträgen für die Berufsschulen, Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Marstall- und Straßenreinigungsbetriebes durch 2 auswärtige Sachverständige, Ablehnung des Antrages des Stadt. Dr. Perchel und Gen. auf Einführung von Streckenarten für Schulkinder, Wehrlofen des Stells in dem Wege von Bartheln nach der Strachate von 5300 M., Instandsetzung eines Wohnhauses auf dem Schäfergrundstücke Dörny für 1500 M., Beschaffung von Zutraten zur Instandsetzung von Bekleidungsstücken in den Werkstätten der Straßenbahn für 55 000 M., Erneuerung des Dampfessels in der Milchfäde II, Matthiasstraße 76/78 für 16 000 M., Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der Bedürfnisanstalten, Verkauf des Grundstücks Fährstraße 14 für 50 000 M., Erwerbung von Land vor Kaiser-Wilhelm-Straße 176, 178, 180 und 182 für 4360 M., Errichtung von zwei Studienrätstellen an der Magdalenengymnasium, Bau eines Kanals in der Straße 6 (Reerbeutel), Anstellung des Diplomingenieurs Eugen Schneider als zweiter Direktor der jährl. Straßenbahn, Tieferelegung des Brunnens am Stallgebäude des Restriktorgans Bartheln als 4300 M.

## Börsenberichte.

### Berliner Börsennotiz.

Die Bewegung der vorläufigen Zahlungsindeutung in Deutschland hat die Hoffnung erweckt, daß die Besprechungen in Cannes von gutem Nutzen sein werden. Infolge dessen vollzog sich eine merkliche Abschwächung der Devisen. Der Dollar setzte mit 188 ein und ging mittags auf 179 zurück. Holland liegt von 6750 auf 6660 nach, London von 775 auf 762 1/2. Polnische Noten notierten 6,35 B., Österreichische 3 B., Ungarn 2 1/2, Rumänen 142. Der private Effektenverkehr war sehr abwartend, doch ließ sich die Stimmung als fest anspüren, namentlich für Kaliber. Aufträge seitens des Publikums lagen bei den Banken nur sehr gering vor. Schatzungspreise nannte man: Weizenregeln 3050-3100, Mischlehen 935, Deutsche Kaliber 1240-1250, Deutsche Petroleum-Gesellschaft 1600-1625, Gelsenkirchener 910, Benz 660 bis 680, Deutsch-Luxemburger 875-900.

### Produktenbörsen.

Tägliche Amtliche Notierungen: für 50 Kilogramm.

Breslau, 14. Januar. Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide: für Weizen und Roggen ruhiger, die anderen Preise nominell. Dlsaaten: Teilweise bessere Kaufkraft, Preise nominell.

Getreide:	14.	13.	Dlsaaten:	14.	13.
Gerste (Sommer)	330-350	330-350	Hauffaat.	550-600	520-580
(Winter) 100	300-310	300-310	Reinhamen	600-620	600-620
Hafer Umlage 90.	250-265	250-265	Mohn (blau)	750-800	700-725
Hirse	200-230	200-230	Raps (Winter)	600-625	600-625
Roggen Umlage 105.	295	295	Senffamen	550-575	550-575
Weizen Umlage 115.	365	370	(Preise nom.)		

Amtl. Notierung für 50 kg Dienstag u. Freitag, 13. Jan. 10. Jan.

Milchfrüchte:	13. Jan.	10. Jan.
Viktoria-Erbsen (gute d. legr. Ernte)	450-500	450-500
kleine gelbe Erbsen	325-375	325-375
Futter-Erbsen		
weiße Bohnen		
Mangobohnen	290-300	290-300
Pferdebohnen		
Widen		
Reinhamen		
Lupinen gelb.		
Lupinen blau		

Maisfrüchte:

Roggen- u. Weizen-Drabtpressstroh	35-37	33-35
Roggen- u. Weizen-Bindfadenpressstr.	30-32	30-32
Gersten- u. Hafer-Drabtpressstroh	42-44	40-42
Gersten- u. Hafer-Bindfadenpressstr.	37-39	37-39
gebündeltes Weizen- u. Roggenstroh	25-27	25-27
gebündeltes Gersten- u. Haferstroh	38-35	38-35
Roggenstroh (Weidbrück)	50	50
Roggenstroh (Weidbrück)	40	40
Heu, gesund, trocken	120	120
Heu, gut, gesund, trocken	180	180

Mühlenerzeugnisse:

Weizenmehl	100 kg	850-1025	850-1025
Roggenmehl	do.	800-850	800-850
Ausgangsmehl	do.	1050-1125	1050-1125

Bei den Getreidepreisen ab Verladestation. Bei den Strohpreisen ab Verladestation. Richtamtlicher Bericht. Die Stimmung am heutigen Markt war für Getreide, besonders für Weizen sehr ruhig bei mäßigem Angebot. Die Umsätze in Gerste und Hafer blieben unbedeutend. Hirse ruhig. In Dlsaaten blieben mangels Ware die Umsätze sehr unbedeutend. Raps sowohl als alle anderen Dlsaaten, besonders Hanfsamen und Mohnsamen, waren gesucht und nur schwach angeboten. Hülsenfrüchte wenig angeboten und fest, sowohl Speiseerbsen und Bohnen, als besonders Pferdebohnen, Reinhamen und Widen. Lupinen, gelbe Knapp und sehr fest, blaue und Futter-Lupinen fest. Mohn-Hirse 200-230 M., geschälte Hirse 460-480 M. Im Samereienmarkt war die Stimmung etwas ruhiger, keine Rot- und Weißleesaat sowie Schwedischlees neuer Ernte war beachtet, Gelbklee, Bündel bei schwachem Angebot ruhig, Gräser fest. Geradella in vorjähriger und Saat neuer Ernte fehlend, alte, nicht entwanderte Ware reichlich angeboten. Luzerne fest, Heu und Stroh fest bei schwacher Zufuhr. Kartoffeln fast ohne Zufuhr, Futtermittel ruhig. Kleie gefragt. Mais in greifbarer Ware gesucht, aber wenig verfügbar, Weizenprodukte matt.

N. H. Deutsches Anzeigerblatt besaß sich nach amtlichen Angaben in der Zeit vom 1. September bis 30. November 1921 auf rund 6,64 aber auf 1,22 bezug. 0,97 Millionen Seetner mehr als in dem entsprechenden Zeitraum der Jahre 1920 bezug. 1919.

Wie in den Vorjahren hat das Riesche-Archiv auf Grund der Stiftung des Konsuls Christian Lassen in Hamburg auch im Jahre 1921 wieder drei hervorragende Werke mit Preisen von je 1500 M. ausgezeichnet, und zwar: „Philosophie der Individualität“ von Rich. Müller-Freienfels, „Riesche als Erzähler“ von Martin Gaberstein, „Die Offenbarung der Russen, eine Apotheose Friedr. Riesche“ von Walter Dahms.

### Wetternachrichten.

Von der Gewarste. Das Wetter ist bei meist schwacher Südwestwind vorwiegend ab kühle, die Temperaturen sind wenig geändert.

Ostende 0, Hamburg -1, St. Petersburg -1, Reusford -3, Romel -7, Stockholm -4, Caparanda -1, Warschau -1, Berlin -3, Kopenhagen -2, Moskau -4, Wien - Grad C.

Wettervorhersage für den 15. Januar:

Veränderliches, meist trübes Wetter mit schwacher Südwestwind ohne Änderung der Temperatur.

Essentlicher Wetterdienst. Die Wetterkarte weist heute früh ein Hochdruckgebiet westlich von Irland, ein zweites über Südwestdeutschland und ein drittes, zugleich auch kräftigstes, über Island auf, während eine Depression über Südengland und dem Kanalgebiet lagert und die alte baltische Depression einen Ausläufer nach Nordostdeutschland entsendet, unter dessen Einfluß gestern im Osten allgemein bewölkte, aber teilweisig überall in reichliche Schneemengen niedergegangen sind. Man ist nach dem starken Schneefall in Breslau heute erwarten müssen, daß einem kälteren Abgang der Temperatur (steigt a. B. noch nicht ganz rechnen zu sein, nur haben daher am Sonntag noch milde, veränderliches Frostwetter bei schwachen bis mäßigen nordwestlichen Wind, frühzeitig ab und Schnee zu erwarten da der Einfluß des baltischen Tiefes noch nicht ganz verschwunden sein dürfte.

Veränderliches, milde Frostwetter, zeitweilige Schneefälle.